

**Medienmitteilung vom 14. März 2012**

## **Another brick in the wall - Grüne bedauern Weiterzug des Mühleberg-Urteils ans Bundesgericht**

**Selbstverständlich steht es der BKW offen, ein Urteil beim Bundesgericht anzufechten. Gleichwohl bedauern die Grünen Kanton Bern den Schritt der BKW ausserordentlich. Die BKW signalisiert damit ein weiteres Mal, dass sie nicht bereit ist, eine Neuorientierung von der Atomtechnologie hin zu erneuerbaren Energien vorzunehmen.**

Der heute kommunizierte Entscheid der BKW passt bestens in eine lange Reihe energiepolitischer Verlautbarungen der BKW, welche erkennen lassen, dass die BKW die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat: Im Januar 2011 gab die BKW eine Reduktion der inländischen Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien um 40% bekannt. Nicht einmal einen Monat nach den Kernschmelzen in Fukushima propagierte die BKW „weiterentwickelte, sicherere Kernkraft-Technologien“. Nach dem Bundesratsentscheid zum Atomausstieg beklagte die BKW, der Atomausstieg gefährde die Gewährleistung einer sicheren und wirtschaftlichen Stromversorgung. Und im September jammerte BKW-Chef Kurt Rohrbach darüber, dass der Solarstrom den Wettbewerb auf dem Strommarkt verfälsche.

Im Interesse einer sicheren und wirtschaftlichen Stromversorgung sowie aus betriebs- und volkswirtschaftlichen Gründen sind die BKW gut beraten, endlich die Abkehr von der Atomtechnologie und die Umstellung hin zu erneuerbaren Energien vorzunehmen. Die Grünen erwarten, dass der Regierungsrat des Kantons Bern die BKW in die Pflicht nimmt und das rasche Erarbeiten eines Abschalt- und Rückbauszenarios für Mühleberg fordert. Der heute kommunizierte Entscheid der BKW ist ein weiteres Zeichen dafür, dass die Neuausrichtung der BKW mit dem heutigen Führungspersonal nicht gelingen wird. Umso dringender sind die von den Grünen seit längerem geforderte Umbesetzung der Konzernspitze sowie die Ergänzung des Verwaltungsrates mit Expertinnen und Experten für erneuerbare Energien.

### **Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat, Tel. 079 263 47 68